



ALTERNATIVEN ZUM KÖNIGSTEINER SCHLÜSSEL

Verteilung von Bundesmitteln im Rahmen von Bund-Länder-Vereinbarungen im Schulbereich

Kurzzusammenfassung des Gutachtens

Problembeschreibung

Der Bund stellt den Bundesländern über Bundesprogramme zweckgebundene finanzielle Mittel für die Schulen zur Verfügung, trotz des im Grundgesetz restriktiv festgeschriebenen Kooperationsverbots. Dies ist aus unserer Sicht notwendig und richtig, wir würden uns sogar noch ein weitaus größeres Engagement des Bundes bei der Bildungsfinanzierung im Schulbereich wünschen, verbunden mit dem Bekenntnis, eine gestaltende und aktive Rolle in der Bildungspolitik einzunehmen, insbesondere beim Abbau von Bildungsungleichheiten.

Aktuell dient der sogenannte Königsteiner Schlüssel als Verteilungsinstrument der Bundesmittel im Bildungsbereich und legt fest, wieviel Ressourcen den Bundesländern aus den Bundesprogrammen zustehen. Der Schlüssel

richtet sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl der Länder. Es sollten sich – so die Grundidee – die Länder, die ein höheres Steueraufkommen haben, mit einem höheren Anteil an der Finanzierung von Forschungseinrichtungen beteiligen. Die mit ihm ursprünglich verbundene Intention – die Länder mit einem höheren Steueraufkommen tragen größere Finanzierungslasten – wird ins Gegenteil verkehrt, wenn nun diese Länder den größten Teil der Zuwendungen erhalten.

Dies zeigt, dass Bundesmittel ungleich verteilt werden, was, wie die Autoren anhand von Beispielen zeigen, zu einer Vergrößerung von Bildungsungleichheiten führt. Wichtige Indikatoren, wie etwa soziale Unterschiede der Bevölkerung in den Ländern, werden vom Königsteiner Schlüssel nicht berücksichtigt. Die Komplexität von Bildungs- und

sozialer Benachteiligungen, kann nur über weitere Indikatoren, die über das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl hinausgehen, empirisch erfasst werden.

Ein sozial gerechter Verteilungsschlüssel

Ein sozial gerechter Verteilungsschlüssel muss einen Beitrag zur Förderung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit leisten. Bundesmittel müssen so verteilt werden, dass dort, wo der Bedarf größer ist, auch entsprechend mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es gilt: Ungleiches muss ungleich behandelt werden.

Die GEW hat deswegen ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass sich mit einem alternativen Verteilungsschlüssel befasst. Die Autoren des Gutachtens, Detlef Fickermann, Jörg-Peter Schräpler, Horst Weishaupt und Hans-Peter Füssel schlagen neun verschiedene Indikatoren in vier zentralen Dimensionen zur Berechnung alternativer Verteilungsschlüssel vor. Diese vier Dimensionen werden im Folgenden kurz dargestellt.

1. Wirtschafts- und Finanzkraft der Bundesländer

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner Bundesländer lässt sich einerseits durch das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*in abbilden und andererseits durch die Steuereinnahmen je Einwohner*in.

2. Soziale Bedürftigkeit

Bildungserfolg – oder Misserfolg – ist hierzulande immer noch eng mit der sozio-ökonomischen Situation der Herkunftsfamilie verknüpft. Deshalb ist es wichtig, die soziale Bedürftigkeit von Familien genauer in den Blick zu nehmen und bei einem Verteilungsschlüssel zu berücksichtigen. Die sozio-ökonomische Lage lässt sich anhand der SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen, der Arbeitslosenquote sowie der Armutsgefährdungsquote abbilden.

3. Bildungsstand

In Deutschland bestimmt eine abgeschlossene Berufsausbildung maßgeblich über eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Eine fehlende abgeschlossene berufsqualifizierende Ausbildung ist in den meisten Fällen hingegen ein Hindernis für ein erfolgreiches Berufsleben. Aufgrund dessen, ist es wichtig den Bildungsstand der Bevölkerung eines Bundeslandes zu berücksichtigen. Einer der beiden von den Gutachtern vorgeschlagenen Indikatoren ist der Anteil der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren ohne beruflichen Bildungsabschluss.

Bevölkerung

Deutschland ist ein Einwanderungsland: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung hat mittlerweile einen Migrationshintergrund. Unter den Kindern und Jugendlichen liegt der Anteil mit fast 40% gar noch höher. Gleichzeitig treten hierzulande Armut und Bildungsbenachteiligung besonders häufig in migrantischen Communities auf, eben deshalb muss der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Verteilung von Bundesmitteln stärker berücksichtigt werden. Um Zuwanderung zu erfassen, werden als Indikatoren der Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung unter 18 Jahren sowie der Anteil der Zugewanderten aus anderen Staaten herangezogen.

Zusammenfassung

Die Vorteile eines Verteilungsschlüssels, der diese Indikatoren nutzt, liegen auf der Hand. Er ist bundeseinheitlich berechenbar, sachlich und rational nachvollziehbar und trägt dazu bei, Bildungsungleichheiten zu verringern. Die Verteilung von Bundesmitteln lässt sich so sehr viel exakter an bestimmte Zielgruppen anpassen.

Bei Anwendung des vorgeschlagenen Verteilungsschlüssels, profitieren die Regionen, die bis dato weniger finanzielle Hilfen vom Bund erhielten, in denen aber ein sehr viel höherer Förderbedarf als in anderen Bundesländern besteht. Hierzu gehören die Stadtstaaten Bremen und Berlin, aber auch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Insgesamt würde dieser sozial indizierte Verteilungsschlüssel für eine deutlich gerechtere Mittelverteilung sorgen und ungleiches endlich ungleich behandeln. Darüber hinaus würden wichtige Kriterien wie etwa die soziale Bedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Dauerhaft hätte dies mehr Chancengleichheit zur Folge. Diese ist dringend notwendig, damit alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von dem Ort, an dem sie aufwachsen, die gleichen Chancen auf Bildungserfolg haben.

Zum Abbau von Bildungsungleichheit muss Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik zusammen gedacht werden. Der Vorschlag der GEW für einen alternativen Verteilungsschlüssel berücksichtigt diese Komponenten, die für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung sind. ■

Das Gutachten und mehr zum Thema finden Sie unter www.gew.de/bildungsfinanzierung